

**Protokoll
über die 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 12.01.2006**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:45 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin, Raum 6.046
(Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna Die Linkspartei.PDS
Lüdtke, Hannelore SPD
Meslien, Daniel SPD
Nagel, Cornelia BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian CDU
Woywode, Robert CDU

stellvertretende Mitglieder

Berger, Sabine BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hubert, Rudolf
Marksteiner, Klaus Die Linkspartei.PDS
Schulz, Andreas Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Bartsch, Ulrich
Block, Steffen
Joachim, Martina

Junghans, Hermann
Meer, Ludger
Rath, Torsten
Rüthers, Klaus
Seifert, Frank
Selke, Achim
Steinbart, Sabine
Subke, Bärbel
Thoms, Brigitte
Winter, Annika

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 21. Sitzung vom 15.12.2005 (öffentlicher Teil)

3. Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2006

4. Mitteilungen der Verwaltung

5. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

- 5.1. Information zum Stand der Erfassung der Kosten der Unterkunft

6. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss

- 6.1. Ehrenordnung für die Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit
Vorlage: 00685/2005

- 6.2. barrierefreies Schwerin
Vorlage: 00888/2005

- 6.3. Schwerin Card
Vorlage: 00885/2005

- 7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Aufgrund der umfangreichen Tagesordnung wurde im Vorfeld mit der Verwaltung abgestimmt, den Tagesordnungspunkt 4.1 "Vorstellung der Aufbau- und Ablauforganisation der ARGE und der Rahmenbedingungen der ARGE Schwerin" auf die nächste Sitzung zu verschieben. Die Ausschussmitglieder stimmen dem von Frau Sembritzki unterbreiteten Vorschlag einstimmig zu. Ebenfalls einstimmig wird der Vorschlag der Verwaltung angenommen, die Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2006 als Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

Beschluss:

Mit den Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 21. Sitzung vom 15.12.2005 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Frau Nagel weist darauf hin, dass sie bei der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt noch nicht anwesend war und somit das Abstimmungsergebnis nur 8 Ja-Stimmen enthalten kann.

Beschluss:

Mit diesem Hinweis wird die Sitzungsniederschrift einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 3 Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2006

Bemerkungen:

Herr Bartsch, Leiter des Finanzverwaltungsamtes, gibt zunächst einen Gesamtüberblick über die städtische Haushaltssituation und geht auf die das Amt für Soziales und Wohnen betreffenden und somit für den Ausschuss relevanten Budgets im Einzelnen ein.

Budget: Leistungen nach SGB XII und anderen Gesetzen

- Nach Aussage des Fachamtes konnten die für 2005 geplanten Ausgabeansätze reduziert werden, da sich die für 2004 aufgestellte Prognose nicht bestätigt hat, dass etwa 10 % der ehemaligen Sozialhilfeempfänger im Leistungsbezug bleiben würden. Es wird allerdings eingeräumt, dass sich die hier eingesparten Mittel in den Ausgaben für die Leistungen nach SGB II wiederfinden.
- Im Bereich der Eingliederungshilfe werden derzeit von der Verwaltung erhebliche Anstrengungen unternommen, die Kosten zu minimieren. Dabei sollen von der Prüfung interner Arbeitsabläufe bis hin zur Untersuchung des Einzelfalls alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Seitens der Verwaltung werden Gespräche mit dem Sozialministerium angekündigt, um für die durch unterschiedliche Kostenträger bei ambulanten und stationären Hilfen entstehenden Probleme bei der Finanzierung Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Budget: Leistungen nach Sozialhilfefinanzierungsgesetz

Die Verwaltung erläutert die Sonderproblematik der sogenannten Altfälle. Trotz einer speziellen Regelung ist mit einem zusätzlichen Defizit von rund 526.000 € zu rechnen.

Budget: Leistungen nach SGB II

Die Differenz zwischen dem Zuschuss im Rechenergebnis 2005 und dem im Planentwurf 2006 ergibt sich nach Aussage der Verwaltung durch die veränderte Zuordnung der FAG- Mittel.

Budget: Zuwendungen Vereine im Sozialbereich

- Herr Hubert bittet die Verwaltung um Erläuterung der Differenz im UA 47000 zum Beschluss der Stadtvertretung vom 19.12.2005, der von Zuwendungen in Höhe von 488.682 € ausgeht. Die Antwort der Verwaltung wird dem Protokoll beigelegt.
- Des Weiteren bittet Herr Hubert, im UA 46000, Haushaltsstelle 71604 "Zuschuss FZT Krebsförden" die Erläuterung um den Passus zu ergänzen, der im "Strategiepapier zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit unter der Maßgabe des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 – 2006" auf Seite 16, Fußnote 27 aufgeführt ist:

"Die Förderung für den Freizeittreff Krebsförden wird 2007 eingestellt. Die Mittel in Höhe von 47.100 € (2007) bzw. 37.600,00 € (2008) sollen als anteiliger Zuschuss für Kinder- und Jugendarbeit in einem generationsübergreifenden Stadtteiltreff eingesetzt werden."

Budget: Leistungen nach anderen Gesetzen
Auf die Bitte von Herrn Hubert, auch das Haushaltssicherungskonzept zur Verfügung gestellt zu bekommen, schlägt der Beigeordnete, Herr Junghans, vor, dieses dem Protokoll beizufügen.

Beschluss:

Der Ausschusses für Soziales und Wohnen wird in seiner Sitzung am 9. Februar 2006 abschließend zum vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2006 beraten.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Die Verwaltung informiert die Ausschussmitglieder über folgende Themen:

Fördermittel

Die Fördermittelbescheide wurden zwischenzeitlich durch die Verwaltung verschickt.

Der Ausschuss spricht der Verwaltung ausdrücklich seinen Dank aus.

Zukunftswerkstatt

Die Verwaltung unterrichtet den Ausschuss über die von der Zukunftswerkstatt erbetene Veränderung in der bestehenden Vereinbarung. Die Stadt kann der Bitte jedoch nicht nachkommen, da nach wie vor städtische Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Es sind jedoch im Haushaltsplanentwurf 2006 keine Mittel für die Zukunftswerkstatt eingeplant, da die Aufgabe zukünftig von anderen Trägern oder im Trägerverbund wahrgenommen werden soll.

Die Problematik soll bis Ende des I. Quartals 2006 einvernehmlich mit der Zukunftswerkstatt geklärt werden.

Statistik der Agentur für Arbeit

Die Verwaltung teilt mit, dass im Dezember 2005 die Arbeitslosenquote bei 15,9 % gehalten werden konnte. Die Statistik wird dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 5 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II

Die Verwaltung informiert die Ausschussmitglieder über

- die Herausgabe von Arbeitshinweisen für die Mitarbeiter.
- die Festlegung einer Bagatellgrenze in Höhe von 9,99 €. Erst bei Überschreiten dieser Bagatellgrenze wird die Verwaltung tätig.

Ausgangspunkt bilden die Bemessungsgrenzen der von der Verwaltung in

- Kraft gesetzten Richtlinie.
- die vorläufige Bewertung des Mietspiegels 2006/2007, die keinen akuten Handlungsbedarf ergeben hat. Eine Änderung der in der Richtlinie zugrunde gelegten Werte ist nach erster Einschätzung nicht erforderlich. Der aktuelle Durchschnittswert beträgt 4,625 € und bleibt damit noch unter der Grenze der von der Stadtvertretung geforderten Höhe. Detaillierte Informationen kündigt die Verwaltung für die nächste Sitzung an.
Die Ausschussmitglieder bitten darum, die Bewertung mit dem Protokoll zu erhalten.

Die Verwaltung berichtet darüber hinaus, dass

- die Bundesagentur mit dem Versenden der Nachweise zum Leistungsbezug für die Rentenversicherung begonnen hat.
- sich der Beirat der ARGE am 18.01.2006 im Stadthaus trifft.
- am 19.01.2006 eine Trägerkonferenz stattfindet.
- die nächste Trägerversammlung am 15.02.2006 durchgeführt wird.
- eine besondere Arbeitsbelastung in der ARGE durch Datenabgleiche mit Sozialhilfeträgern in rund 6.000 Fällen entstanden ist.
- für die Mitarbeiter der ARGE ab Februar 2006 auf freiwilliger Basis außerhalb der Arbeitszeit psychologische Betreuung angeboten wird.

Sprechstunde des Ausschusses für Soziales und Wohnen

Die Ausschussvorsitzende berichtet von der ersten Sprechstunde, die lediglich eine Bürgerin nutzte. Die Veröffentlichung der Termine soll für die kommenden Sprechstunden frühzeitig in den kostenlos erscheinenden Zeitungen erfolgen.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 5.1 Information zum Stand der Erfassung der Kosten der Unterkunft

Bemerkungen:

Die Verwaltung berichtet ausführlich über den derzeitigen Sachstand. Von 10.591 Bedarfsgemeinschaften sind 4.110 erfasst worden. Davon können 3.503 Bedarfsgemeinschaften angemessene Unterkunftskosten bescheinigt werden, bei 607 Bedarfsgemeinschaften wurden nicht angemessene Kosten festgestellt. Im darauf hin eingeleiteten Anhörungsverfahren liegen 169 Rückläufe vor.

Der Ausschuss ist erfreut, dass der Forderung nach Einzelfallprüfungen Rechnung getragen wird und lobt die Verwaltung.

Der Forderung nach Zahlenmaterial mit geschlechts- und altersspezifischer Differenzierung kann die Verwaltung allerdings noch nicht nachgekommen.

Das von der Verwaltung erarbeitete "Merkblatt zu den Aufwendungen für die Kosten für Unterkunft und Heizung" wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 6 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss

**zu 6.1 Ehrenordnung für die Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit
Vorlage: 00685/2005**

Bemerkungen:

Nach Einführung der Beschlussvorlage durch die Verwaltung verweist Herr Woywode darauf, dass die Intention, die mit dem Antrag aus dem Jahr 2003 erreicht werden sollte, eine andere war. Die in der vorgelegten Richtlinie zugrunde gelegten Richtwerte sind seiner Ansicht nach zwar grundsätzlich richtig, aber nicht für das Ehrenamt eines Jugendlichen geeignet. Er schlägt vor, dass den Ausschussmitgliedern vor Weiterführung der Diskussion zunächst der Urantrag und der Beschluss der Stadtvertretung vorgelegt werden.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder schließen sich dem Vorschlag an und werden zur Beschlussvorlage 00685/2005 erst in der Sitzung am 09.02.2006 abschließend beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 6.2 barrierefreies Schwerin
Vorlage: 00888/2005**

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder begrüßen und unterstützen den Beitritt der Landeshauptstadt Schwerin zur "Erklärung von Barcelona" und stimmen der Beschlussvorlage 00888/2005 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 6.3 Schwerin Card
Vorlage: 00885/2005**

Bemerkungen:

Frau Diessner, Leiterin des Bürgeramtes, führt in die Vorlage ein. In der sich anschließenden Diskussion wird seitens der Ausschussmitglieder vor allem auf die Attraktivität der Schwerin Card für Jugendliche und Rentner hingewiesen. Dabei würde es jedoch begrüßt werden, wenn die Differenzierung verstärkt nach der Einkommenshöhe und nicht wie bisher nach Einkommensarten erfolgen würde. Die Verwaltung weist darauf hin, dass bereits jetzt einzelne Einrichtungen Ermäßigungen nicht mehr aufgrund der Schwerin Card gewähren, sondern in ihren Gebührenordnungen oder Entgelttarifen entsprechende Ermäßigungstatbestände aufgenommen haben. Im Rahmen der Beschlussfassung zu Entgeltordnungen usw. ist somit auch die Einflussnahme der Stadtvertreter sichergestellt.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Beschlussvorlage um die Forderung zu ergänzen, in den einzelnen Einrichtungen zu prüfen, ob Ermäßigungstatbestände aufgenommen werden können.

Beschluss:

Mit der vorgeschlagenen Ergänzung stimmen die Ausschussmitglieder der Vorlage 00885/2005 mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

entfällt

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführer